

683073-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Objektplanung Verkehrsanlagen

OJ S 192/2026 05/10/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Nordbayern

E-Mail: vergabe.nordbayern@autobahn.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Objektplanung Verkehrsanlagen

Beschreibung: Objektplanung Verkehrsanlagen

Kennung des Verfahrens: 63dc8a8d-0b53-4077-bcb7-62b7865020fa

Interne Kennung: A054040026000

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Streckenbereich der Niederlassung Nordbayern Außenstelle Bayreuth

Postleitzahl: .

Land, Gliederung (NUTS): Nürnberg, Kreisfreie Stadt (DE254)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Für die geforderten Angaben, Nachweise und Erklärungen sind die vom Auftraggeber vorgefertigten Angebotsunterlagen zu verwenden. Die Angebotsunterlagen fassen die gewünschten Informationen und Nachweise der Bekanntmachung zusammen. Es werden nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt, darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen reicht nicht aus. Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden besonders auf die Möglichkeit der Bildung von Bietergemeinschaften hingewiesen. Hinweis zur Geltung der Verordnung (EU) 2022/2560 über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen (nachfolgend: FSR): Sind die Bedingungen für die Meldung finanzieller Zuwendungen gemäß Artikel 28 Absätze 1 und 2 FSR erfüllt, so ist ein Bieter verpflichtet, alle drittstaatlichen finanziellen Zuwendungen nach Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe b FSR zu melden. In allen anderen Fällen ist ein Bieter verpflichtet eine Erklärung abzugeben, in der er alle erhaltenen drittstaatlichen finanziellen Zuwendungen aufführt und zu bestätigen, dass die erhaltenen drittstaatlichen finanziellen Zuwendungen keiner Meldepflicht nach Artikel 28 Absatz 1

Buchstabe b FSR unterliegen. Für die Meldung bzw. Erklärung ist das den Vergabeunterlagen beigefügte Formular nach Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) 2023/1441 zur Festlegung detaillierter Vorschriften für die Durchführung von Verfahren nach der Verordnung (EU) 2022/2560 (nachfolgend: Durchführungsverordnung) unter Beachtung der Vorgaben der FSR sowie der Durchführungsverordnung zu verwenden. Die Meldung oder Erklärung ist mit dem Angebot einzureichen. Auf die Gründe für die Ablehnung / den Ausschluss eines Angebots gemäß Art. 29 Abs. 3, Art. 29 Abs. 4 und Art. 31 Abs. 2 FSR wird hingewiesen. Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot zwingend einzureichen: - Auftragsbezogenes Konzept zur Abwicklung der gegenständlichen Leistung - - Eigenerklärung zur Eignung Das Dokument "Bieterangaben_Eignung_u_Zuschlagskriterien" ist zu verwenden. Die geforderten Erklärungen sind von jedem Bieter, Mitglied einer Bietergemeinschaft, eignungsverleihenden Unterauftragnehmer (soweit bekannt) und anderen Unterauftragnehmern abzugeben. - Eintragung in Berufs- oder Handelsregister. - Angaben zu §§ 123 bis 125 GWB. - Angaben zu Personen mit Funktion, beruflicher Qualifikation und Berufserfahrung. Studiennachweise und sonstige Bescheinigungen bzw. Angaben wie Berufserfahrung und ausgeübte Tätigkeit zu den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen. Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot, soweit zutreffend, einzureichen: - Erklärung Bietergemeinschaft Folgende Unterlagen sind nur auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen: - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer - Verpflichtungserklärung Eignungsleihe - Nachweis (oder Zusicherung) des Versicherungsunternehmens über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung - Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers /Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen Klarstellend wird ebenfalls auf die gesetzliche Regelung des Art. 5k VO (EU) Nr. 833-2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, hingewiesen. Die als Formular vorgegebene Eigenerklärung im Formblatt EIGENERKLÄRUNG_BEZUG_RUSSLAND, mittels derer die Auftraggeber die Einhaltung der vorgenannten Vorschrift zu prüfen haben, ist abzugeben.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Korruption: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Betrug: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, soweit Ihr Unternehmen beitragspflichtig ist.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Objektplanung Verkehrsanlagen

Beschreibung: Die A73 soll im Rahmen einer umfassenden Erhaltungsmaßnahme auf den aktuell maßgebenden Regelquerschnitt RQ 31 nach RAA ausgebaut werden, um u.a. für künftige Baumaßnahmen eine 4+0Verkehrsführung gewährleisten zu können. Darüber hinaus ist der Streckenabschnitt auf Richtlinienkonformität und ggf. vorhandene streckenplanerischer Defizite in Lage und Höhe gem. RAA sowie hinsichtlich des Oberbaus gem. RStO 12 zu prüfen (Defizitanalyse) und zu überplanen. Durch die Erhaltungsmaßnahme muss der vorhandene Lärmschutz sowohl in Lage als auch Höhe überprüft werden. Mögliche Rückbau- und Erneuerungsmaßnahmen, sowohl als Wall, Wand und Wall Wand-Kombination sind entsprechend in der Planung zu berücksichtigen. Der gesamte Planungsauftrag umfasst Leistungen aus mehreren Leistungsbildern: - Objektplanung Verkehrsanlagen - Vermessungsleistungen Die Planungsleistungen der Objektplanung Verkehrsanlagen umfasst folgende Teile: - Streckenplanung (ohne Bauwerke) sowie projektumfassende Leistungen Entwässerungsplanung (Niederschlagswasserbeseitigung inkl. Regenwasserbehandlungsanlagen - Integration Ergebnisse aus Lärmschutzberechnung in Streckenplanung - Integration Ergebnisse aus Landschaftsplanung in Streckenplanung - Integration der 6 Brücken-Ersatzneubauten Streckenplanung der prov. Verbreiterung der Strecke und aller Bauwerke (Brücken, Stützwände, Lärmschutzwälle und -wände, etc.) in eine Fahrtrichtung für die 4+0 - Verkehrsführung
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Streckenbereich der Niederlassung Nordbayern Außenstelle Bayreuth

Postleitzahl: .

Land, Gliederung (NUTS): Nürnberg, Kreisfreie Stadt (DE254)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 23/10/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen über die Ausführung von Leistungen in den letzten drei Jahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV). Mindeststandard: Der Bieter muss mindestens folgende Leistungen erbracht haben: Mit dem Angebot einzureichen: Ausführung von Leistungen in den letzten 15 Jahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind: 1 Referenz mit Beginn ab 2011 und Fertigstellung der jeweiligen Leistungsphasen zum Zeitpunkt der Einreichung dieses Angebotes für eine Objektplanung Verkehrsanlagen bei Lph 3 und 5 nach §§ 45 ff HOAI bei Erhaltungs-/Ausbaumaßnahmen für mindestens vierstreifige Bundesfernstraßen einschließlich der dazugehörigen Straßenentwässerung Kann der Nachweis zur Erbringung der Lph 3 und 5 nach §§ 45 ff HOAI nicht über ein Projekt/Referenz erbracht werden, so kann die Lph 5 unter Einhaltung aller Mindeststandards auch über ein separates Projekt nachgewiesen werden. Benannte Nachweise und Erklärungen sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers auch von Nachunternehmern und Mitgliedern einer Bietergemeinschaft einzureichen. Neu gegründete Unternehmen ("Newcomer-Unternehmen") Bei neu gegründeten Unternehmen ("Newcomer-Unternehmen"), die aufgrund ihrer Neugründung noch nicht über hinreichende geforderte Referenzprojekte verfügen, sind weitere Angaben zu machen, warum sie trotzdem ausreichend Fachkunde und Leistungsfähigkeit für die Erbringung der zu vergebenden Leistung aufweisen. Hierzu sind geeignete Unterlagen, Bescheinigungen etc. einzureichen. In jedem Fall sind die für die Durchführung des Auftrags verantwortlichen Personen zu benennen und von diesen die persönlichen Referenzen, Qualifikationsnachweise etc. einzureichen. Die verantwortlichen Personen müssen über persönliche Referenzen aus den letzten 3 Jahren verfügen, die die mit dem Auftrag vergleichbaren Leistungen beinhalten und geeignet sind, die Referenzen des Bieters zu ergänzen oder zu ersetzen. Andernfalls sind die geforderten Unternehmensreferenzen über eine Eignungsleihe für die technische und berufliche Leistungsfähigkeit vorzulegen.

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen zu technischen Fachkräften, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV). Mindeststandard: Der Bieter muss Fachkräfte mit mindestens folgender Befähigung nachweisen: Der Bieter muss Fachkräfte mit mindestens folgender Befähigung nachweisen: Fachbereich FB 1 Projektleitung (PL) - Abgeschlossenes Hochschulstudium im FB Bau-/Verkehrsingenieurwesen oder in vgl. Fachrichtung, - Anzahl der Berufsjahre als PL im Bereich Planung Verkehrsanlagen inklusive Planung zugehöriger Ingenieurbauwerke im Bereich von Bundesfernstraßen ≥5 Jahre Es ist mindestens 1 persönliche Referenz über vergleichbare Leistungen nachzuweisen. Referenz als Projektleitung über Lph 3, 4 und 5 nach §§ 45 ff HOAI einer Objektplanung Verkehrsanlagen bei Erhaltungs/Ausbaumaßnahme für mind. vierstreifige Bundesfernstraßen einschließlich der dazugehörigen Straßenentwässerung mit Beginn ab 2011 und Fertigstellung der jeweiligen Leistungsphasen zum Zeitpunkt der Einreichung des Angebotes und Bauvolumen ≥ 20 Mio € brutto. Fachbereich 2 Stellv. PL - Abgeschlossenes Hochschulstudium im FB Bau /Verkehrsingenieurwesen oder in vgl. Fachrichtung - Anzahl der

Berufsjahre als stellv. PL im Bereich Planung Verkehrsanlagen im Bereich von Bundesfernstraßen ≥ 5 Jahre Es ist mindestens 1 persönliche Referenz über vergleichbare Leistungen nachzuweisen. Referenz über Lph 3 und 5 nach §§ 45 ff HOAI einer Objektplanung Verkehrsanlagen bei Erhaltungs/Ausbaumaßnahme einer Bundesfernstraße mit Beginn ab 2011 und Fertigstellung der jeweiligen Leistungsphasen zum Zeitpunkt der Einreichung des Angebotes und Bauvolumen ≥ 10 Mio € brutto. - Für die persönlichen Referenzen des FB 1 (PL) und 2 (stellv. PL) gilt: Kann der Nachweis zur Erbringung der Lph 3, 4 und 5 (für PL) bzw. 3 und 5 (für stellv. PL) nicht über ein Referenzprojekt erbracht werden, so können die jeweils nachzuweisenden Leistungsphasen unter Einhaltung aller benannten Mindeststandards auch über separate Projekte nachgewiesen, d.h. ein Projekt je Leistungsphase (entspricht max. drei Referenzprojekte bei PL und max. zwei bei stellv. PL), wobei jedes Projekt die jeweiligen o.g. Mindestanforderungen erfüllen muss. Fachbereich 3 Objektplanung Verkehrsanlagen - Abgeschlossenes Hochschulstudium im Fachbereich Bau-/Verkehrsingenieurwesen oder in vergleichbarer Fachrichtung - Anzahl der Berufsjahre in der Planung von mindestens vierstreifigen Bundesfernstraßen gem. § 47 HOAI ≥ 5 Jahre UND /ODER: - Abgeschlossene Ausbildung zum staatlich geprüften Bautechniker, - Anzahl der Berufsjahre in der Planung von mindestens vierstreifigen Bundesfernstraßen gem. § 47 HOAI ≥ 7 Jahre. Es ist mindestens 1 persönliche Referenz über vergleichbare Leistungen nachzuweisen: Referenz mit Lph 3, 4 und 5 §§ 45 ff HOAI mit Beginn ab 2011 und Fertigstellung der jeweiligen Leistungsphasen zum Zeitpunkt der Einreichung des Angebotes über eine Erhaltung-/Ausbauplanung einer vierstreifigen Bundesfernstraße. Kann der Nachweis zur Erbringung der Lph 3 und 5 nicht über ein Referenzprojekt erbracht werden, so können die jeweils nachzuweisenden Leistungsphasen unter Einhaltung aller benannten Mindeststandards auch jeweils einzeln (über max. 3 Projekte) nachgewiesen werden. Die Qualifikation und Erfahrung aller für den Auftrag vorgesehenen Mitarbeitenden ist über Studien- und Ausbildungsnachweise und entsprechende Lebensläufe nachzuweisen Benannte Nachweise und Erklärungen sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers auch von Nachunternehmern und Mitgliedern

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben über die durchschnittliche jährliche Beschäftigungszahl des Unternehmens in den letzten drei Jahren (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV). Mindeststandard: Der Bieter muss mindestens - 1 Führungskraft - 5 Personen technisches Fachpersonal aufweisen können. Benannte Nachweise und Erklärungen sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers auch von Nachunternehmern und Mitgliedern einer Bietergemeinschaft einzureichen.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Angabe, welche Teile des Auftrags unter Umständen an Unterauftragnehmer vergeben werden sollen (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV). Mindeststandard: Bieter sind nur dann geeignet, wenn die von ihnen benannten Unterauftragnehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Eigenerklärung und Nachweis darüber, dass eine Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 3.000.000 € und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von mindestens 5.000.000 € besteht. Es ist zu bestätigen, dass die Maximierung mindestens das 2-fache der genannten Deckungssummen pro Jahr beträgt. Bei Bietergemeinschaften sind Eigenerklärung und Nachweis durch jedes Mitglied getrennt zu

erbringen. oder Eigenerklärung, dass der Bieter/ die Mitglieder der Bietergemeinschaft derzeit zwar nicht über eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit vor genannten Mindestdeckungssummen verfügt/-en, der Bieter/(alle) Mitglieder der Bietergemeinschaft sich aber verpflichtet/-n, im Fall des Zuschlages eine entsprechende Versicherung abzuschließen oder eine bestehende Versicherung für die Dauer des Auftrags entsprechend zu erhöhen. Bei Bietergemeinschaften sind Eigenerklärung und Nachweis durch jedes Mitglied getrennt zu erbringen. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle: Versicherungsnachweis bzw. Bestätigung des Versicherers über den Abschluss der Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder auf Erhöhung der Versicherungssumme im Auftragsfall.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Klarstellend wird auf die gesetzliche Regelung des Art. 5k VO (EU) Nr. 833-2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, hingewiesen. Die als Formular vorgegebene Eigenerklärung im Formblatt EIGENERKLAERUNG_BEZUG_RUSSLAND, mittels derer die Auftraggeber die Einhaltung der vorgenannten Vorschrift zu prüfen haben, ist abzugeben.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bieter muss folgenden Mindestjahresumsatz, jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags ausweisen (Mindeststandard): 850.000 € brutto je Geschäftsjahr

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Erklärung, dass das Unternehmen zur Erbringung der Dienstleistung berechtigt ist und die Berufsqualifikation gem. § 75 (1), (2), (3) VgV bzw. § 44 VgV besitzt. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen: Nachweis der Berufsqualifikation

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Wertungskriterium

Beschreibung: Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Wertungskriterium

Beschreibung: Auftragsbezogenes Konzept

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis/Honorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19fd72b825d-3d3a915eb3a09e9e

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabe.autobahn.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe.autobahn.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 09/10/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 52 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen richtet sich nach § 56 VgV.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 09/10/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Eröffnungstermin — Beschreibung: entfällt - ohne Bieter

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Die Autobahn GmbH des Bundes

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann ein Nachprüfverfahren bei der Vergabekammer beantragt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Nordbayern

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Nordbayern

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Nordbayern

Registrierungsnummer: USt-ID DE329214156

Postanschrift: Flaschenhofstr. 55

Stadt: Nürnberg

Postleitzahl: 90402

Land, Gliederung (NUTS): Nürnberg, Kreisfreie Stadt (DE254)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabe.nordbayern@autobahn.de

Telefon: +49 911 4621-01

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Profil des Erwerbers: <https://vergabe.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: N.N.

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Internetadresse: https://www.bundeskartellamt.de/DE/Vergaberecht/vergaberecht_node.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt.-ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: recht@autobahn.de

Telefon: +49 30640964911

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt. ID DE329214156
Postanschrift: Heidestraße 15
Stadt: Berlin
Postleitzahl: 10557
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland
E-Mail: recht@autobahn.de
Telefon: +49 30640964911
Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-7007

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: 0d5a84cf-975c-44e9-be98-6ae2fbf630e9-01

Hauptgrund für die Änderung: Korrektur – Beschaffer

Beschreibung: Siehe Änderungsdocument Version 5

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: b34ae115-efa3-4976-9bde-49315d69d125 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/10/2026 15:22:49 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 683073-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 192/2026

Datum der Veröffentlichung: 05/10/2026